

#8: Unfähig und unverzichtbar? Das Dilemma des Nationalstaats

Der Lockdown war nichts anderes als ein
Zeichen für das Primat der Politik.

Thomas E. Schmidt

Coronavirus has sparked a perfect storm of nationalism and financial speculation (The Guardian); *Nationalism is a side effect of coronavirus* (Financial Times); *Nationalism: the even greater risk of the COVID-19 crisis?* (Peter Vogel); *Coronavirus is accelerating the advance of nationalism over globalization* (The Hill)¹

Die Kommentator*innen scheinen sich einig zu sein: Corona hat den Anstoß zu einer neuen Welle des Nationalismus gegeben. »Krisennationalismus« nennt der österreichische Journalist Raimund Löw den »Reflex«, dass in Zeiten der Not globale Bindungen keine Rolle zu spielen scheinen und nationaler Egoismus fröhliche Urständ' feiert (Der Falter 13/2020: 6). Doch die dabei mitschwingende und manchmal explizit geäußerte Vorstellung, dass eine erstarkende nationale Souveränität die Globalisierung zum Erliegen bringen oder gar rückgängig machen würde, ist nicht gerechtfertigt.

Wir haben es tatsächlich mit einer »Wiederentdeckung« nationalstaatlicher Politik zu tun. Dies hat, wie bereits diskutiert, einerseits ein Aussetzen (kein Ende) mancher Auswüchse des Neoliberalismus mit sich gebracht. Der Staat greift wieder stärker lenkend in die Wirtschaft ein, verhängt den Lockdown, zahlt Unterstützungen für die Ausfälle und erlässt Regulierungen. Diese (zeitweilige) Rückkehr einer Politik, die sich am Leben der Menschen

1 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/mar/08/coronavirus-nationalism-economy-wall-street>; <https://www.ft.com/content/644fd920-6cea-11ea-9bca-bf503995cd6f>; <https://www.imd.org/research-knowledge/articles/Nationalism-the-even-greater-risk-of-the-COVID-19-crisis/>; <https://thehill.com/opinion/international/492253-coronavirus-is-accelerating-the-advance-of-nationalism-over>

orientiert, ist eine Chance für die Demokratie. Andererseits befördert sie, wie gezeigt, auch eine Tendenz zum paternalistischen Versorgungs- und Kontrollstaat und gefährdet in diesem Sinne die Demokratie. Die Entwicklung ist also ambivalent.

Und ebenso ambivalent ist die Beziehung zwischen Nationalstaat und Globalisierung. Ihr Verhältnis darf nicht als Gegensatz gedacht werden. Es sind ja nationale Politiken gewesen, die die legislativen Rahmenbedingungen für die ungehemmte wirtschaftliche Globalisierung geschaffen haben. Und daher ist auch die Vorstellung, Nationalstaat bedeute Egoismus, Globalisierung hingegen Solidarität, grundlegend falsch. Die Globalisierung eröffnet weitere Felder für die Austragung von Rivalitäten, die nicht nur, aber auch von nationalen Egoismen gespeist werden.

Corona hat die Globalisierung gedämpft. Die Krise hat auch gezeigt, dass es nicht sinnvoll ist, sich in entscheidenden strategischen Bereichen, zu denen die Gesundheit und die primäre Lebensmittelversorgung gehören, gänzlich von globalen Lieferketten abhängig zu machen. Das hat aber weniger mit einer Kritik an der Globalisierung zu tun als mit der endlich gewachsenen Erkenntnis, dass Gesundheit ein Thema von Sicherheit ist und dass Sicherheit nicht rein militärisch definiert werden darf, sondern als *menschliche Sicherheit*, die eben viel mit Gesundheitsvorsorge zu tun hat. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass deswegen die Globalisierung insgesamt zurückgehen wird, ja selbst die häufig geäußerte Hoffnung, dass das augenblickliche Wiedererstarken nationalstaatlicher Politik einer entfesselten *corporate world* die notwendigen Fesseln anlegen werde, ist nicht sehr aussichtsreich. Dazu müsste schon ein größeres Umdenken erfolgen, das nicht nur bewusst die Problematik des Klimawandels angeht, sondern auch unsere imperiale Lebensweise infrage stellt.

Dennoch lohnt sich ein genauerer Blick darauf, wie sich, nicht nur in der ersten Phase des Lockdowns, sondern auch im Umgang mit seinen desaströsen wirtschaftlichen Folgen, die nationalstaatliche Politik gestaltet.

Die Krise befördert den Nationalismus, der Nationalismus befördert die Krise

Während das Erstarken nationalstaatlicher Politik unbestritten ist, gibt es zwei vorherrschende Positionen, wie das Verhalten der Nationalstaaten in der Krise beurteilt wird.

Die kritische Position lautet: Das Virus verbreitet sich global, und seine Bekämpfung würde globale Anstrengungen auf vielen Ebenen erfordern. Doch die Staaten reagierten mit dem ›Krisennationalismus‹, mit dem nationalen Tunnelblick. Die meisten Länder haben tatsächlich zu einseitig egoistischen Maßnahmen gegriffen, sie haben nicht einmal oder nur zögerlich ihre Nachbarn unterstützt, mit denen sie eng verflochten sind. Sie haben, besonders zu Beginn, oft um Schutzausrüstung und medizinisches Gerät rivalisiert, und diese Rivalität droht sich wohl auch im Wettlauf um einen Impfstoff zu wiederholen. Hier siegt die (nationalistische) Ideologie über die Vernunft, manchmal selbst über die beschränkte ökonomische oder gesundheitspolitische Vernunft. Das sagen gerade führende Gesundheitsexpert*innen wie etwa Lawrence O. Gostin, Professor für Public Health an der US-amerikanischen Georgetown University und Leiter des dortigen *World Health Organization Collaborating Center on National and Global Health Law*, Spezialist für die Ebola Epidemie 2015. Sein Kommentar fällt eindeutig aus: »The idea of America First, the nationalist populism, is against everything that we believe in global health. We believe in mutual solidarity, we believe in strong institutions like the World Health Organization and the U.N. We believe in international cooperation. All of those things have been devalued by the Trump administration.« (Kolhatkar 2020) Mit anderen Worten: Nur solidarische Anstrengungen auf globaler Ebene könnten die Eindämmung des Virus erreichen. Und Ähnliches, so das Argument, gelte erst recht für die wirtschaftlichen Folgen – eine Aufgabe, die kein Land alleine stemmen könne.

Das Gegenargument lautet: In Zeiten der Not sind die einzelstaatlichen Strukturen die einzige Instanz, die effiziente Maßnahmen setzen kann. Das habe nichts mit Nationalismus zu tun, sondern nur mit erfolgversprechendem Krisenmanagement. Die amerikanische Publizistin Iveta Cherneva, die für verschiedene UNO-Organisationen gearbeitet hat und zu den *global people* zu zählen ist, betont:

»Public health is a different story. Your internationalist values won't help here. It is your own government that can act now, close borders, ban exports of health equipment and mandate social distancing – the latter being the only thing so far that we've found to work in containing the crisis. We are dealing with an adversary that won't be impressed by the liberal values of freedoms of thought and movement, and independence. Treat this as a national security emergency. It is not true that a global crisis can only

be solved through a global approach. The response has to be very, very local. The corona-virus will be beaten only by national-level, unilateral action.« (Cherneva 2020)

Auch der britische Politikwissenschaftler John N. Gray schlägt in eine ähnliche Kerbe:

»Globale Probleme haben nicht immer eine globale Lösung. [...] Zu glauben, dass diese Krise durch einen bislang unerreichten Erfolg internationaler Kooperation gelöst werden könne, entspricht exakt der Definition von magischem Denken.« (Gray 2020: 55)

Zweifelsohne ist dem Argument recht zu geben, dass angesichts von nationalstaatlichen Ordnungssystemen nur eine nationale Politik in der Lage sein kann, Restriktionen und Schutzmaßnahmen zu verordnen. Aber es stimmt bedenklich, dass Cherneva Werte wie Freiheit als eine Art Luxus hinstellt, auf den man in Zeiten des Notstands zu verzichten habe. Und es ist problematisch zu behaupten, dass nur nationale Einzelmaßnahmen das Virus effektiv bekämpfen. Gerade die weltweite wissenschaftliche medizinische Zusammenarbeit kommt allen zugute. Eine bessere internationale Koordination, z.B. eine offene Informationspolitik Chinas von Anfang an, eine internationale Verständigung darüber, dass zuerst die am meisten betroffenen Länder unterstützt werden und auf diese Weise die Ausbreitung des Virus verzögert und eingeschränkt wird – das sind alles Aspekte, die diese Argumentation nicht berücksichtigt. Und erst recht gilt, dass für den Wiederaufbau der schwer beeinträchtigten Volkswirtschaften internationale Kooperation notwendig ist, wenn man nicht ein weltweit noch größeres Auseinanderklaffen von Arm und Reich in Kauf nehmen will. Wir werden diesen Argumentationsfaden in den nächsten Kapiteln wieder neu aufnehmen.

Die nationalen Alleingänge in der Coronakrise haben aber nicht nur eine praktische, sondern auch eine kulturelle oder sollen wir sagen: ideologische Seite. Sie stärken den »methodologischen Nationalismus« (Beck 1997: 115) – eine Weltsicht, die alle Phänomene durch das Prisma des Nationalstaates, als der angeblich »natürlichsten Existenzform des Menschen«, betrachtet. Ferner führt die nationalistische Praxis auch zu einem Denken und einem Gefühl von der unvergleichlichen Tüchtigkeit der nationalen Solidargemeinschaft, die nicht selten als überlegen gegenüber anderen empfunden wird. Somit droht ein Kreislauf zu entstehen: Die Krise befördert den Nationalismus, der Nationalismus befördert die Krise. Diese Haltung mag, gerade bei

Ländern, in denen das staatliche Krisenmanagement nicht besonders erfolgreich ist, die Form des klassisch-dumpfen Nationalismus annehmen. Es gibt aber auch eine subtilere Variante, die vor allem auf die moralische Überlegenheit des eigenen Weges pocht. Thomas F. Schmidt hat dies am Beispiel des erfolgreichen Krisenmanagers Deutschlands beschrieben:

»Die Deutschen waschen sich die Hände. Ihrem Selbstbild nach sind sie das kleine germanische Dorf, das jedem Angriff des Neonationalismus trotzt. Aus der Binnenperspektive nimmt sich ihr Nationalismus auch gar nicht wie ein solcher aus. Er kommt nicht, wie so oft beschworen, glatzköpfig und grölend daher, sondern ganz anders: als lange vermisste Opfer- und Solidarererfahrung, ganz zeitgemäß in einer Kombination aus Kommunitarismus und wissenschaftlicher Vernunft. Er fühlt sich gut an und ist auch noch alternativlos. Er hat viel mit einem funktionierenden Staat zu tun, und deswegen müssen auch keine Fähnchen geschwungen werden. Der Rest Europas staunt, wie sich der Profiteur des Gemeinsamen Markts mit seinen Rücklagen anschickt, Not in Gemeinschaftlichkeit umzumünzen.« (Schmidt 2020)

Das Anwachsen der verschiedenen Formen des Nationalismus, die in der Coronakrise zutage treten, zeigt, dass es unbedingt notwendig ist, das Verhältnis zwischen nationaler Autonomie und transnationaler Kooperation neu zu überdenken. Der nationale ›Reflex‹ kann, wenn überhaupt, nur durch den Aufbau transnationaler Strukturen überwunden werden, wobei dies eine notwendige, aber sicher keine ausreichende Bedingung ist. Doch erst, wenn es belastbare Mechanismen der Problemlösung über den Nationalstaat hinaus gibt, sind nationale Alleingänge nicht mehr alternativlos. Wobei zu berücksichtigen ist, dass nationalistische Ideologien oft auch bestehende Mechanismen ignorieren, wenn sie nicht in ihr Konzept passen.

Die Europäische Union ist, global gesehen, das bislang am weitesten entwickelte Experiment eines freiwilligen transnationalen Zusammenschlusses, der zwar die Nationalstaaten bestehen lässt, aber etliche Mechanismen der Vergemeinschaftung eingeführt hat, die über die übliche internationale Kooperation und globale Regime hinausgehen. Von ihr konnte man erwarten, dass sie ihre Qualitäten gerade auch in der Covid-Krise ausspielen würde. Bislang sieht ihre Bilanz allerdings ganz anders aus.

Europa – eine Solidargemeinschaft?

»Bisher musste jeder europäische Staat auf eigene Faust gegen Corona ankämpfen. Doch jetzt macht eine ungewöhnliche Idee im Kontinent die Runde: Durch die Bildung einer Art gemeinsamer ›Union‹ könnten die Staaten womöglich kooperieren und so ihre Kräfte bündeln. Eine Idee, die so irrwitzig wie faszinierend anmutet.«

Mit diesem ironischen Szenario nimmt das österreichische Satireblatt *Die Tagespresse* (31.3.2020) die mangelnde Solidarität der EU-Mitgliedsstaaten aufs Korn. Es tut so, als müsste man die Europäische Union erst erfinden, und das Tragisch-Komische an dieser Annahme ist, dass sich die EU-Staaten in der Coronakrise über weite Strecken tatsächlich so verhalten, als gäbe es die Union überhaupt nicht.

Für die Europäische Union ist Corona eine riesige Bewährungsprobe, aus der sie gestärkt hervorgehen könnte. Im ersten Halbjahr der Coronakrise hat die Union diese Probe allerdings nicht bestanden. Die europäischen Staaten haben – zum eigenen Schaden – auf die Krise mit nationaler Abschottung und einer »Rette sich, wer kann«-Mentalität reagiert: Dies wurde zuerst sichtbar an der fehlenden gegenseitigen Unterstützung im Kampf gegen das Virus, dann erst recht bei der fehlenden Solidarität zur Abfederung der ökonomischen Krisenfolgen. Jede einzelne Entscheidung folgte demselben Muster des nationalen Egoismus, wobei sich bestimmte Länder jeweils besonders hervortaten: sei es die unterlassene medizinische Hilfe zu Beginn der Krise, der unwürdige Streit um sanitäre Ausrüstung, der ausschließlich von nationalen Interessen gesteuerte Umgang mit ausländischen Pflegekräften und Erntehelfer*innen in Zeiten des Lockdowns, die verweigerte Übernahme von Geflüchteten aus den griechischen Lagern, um dort ein Ausbreiten der Pandemie hintanzuhalten, seien es die neuerlichen Grenzöffnungen, die nicht von gesundheitlichen Gesichtspunkten geleitet zu sein schienen, sondern von der Konkurrenz um zahlungsfähige Gäste für die schwer angeschlagene Tourismusindustrie, bis hin zur heftig umstrittenen Frage der Unterstützung der von Corona am stärksten betroffenen Länder in Südeuropa. Die Tatsache, dass der EU-Wiederaufbaufonds, allen Widerständen zum Trotz, erstmals nicht-rückzahlbare Zuschüsse vorsieht, wurde als großer Erfolg gefeiert. Es wurde die ökonomische Vernunft dieser Maßnahmen gepriesen: Den derzeit besser gestellten Ländern könne es schließlich auf Dauer nur gut gehen, wenn

es auch den anderen, stärker betroffenen Ländern gut geht. Eine großzügige Unterstützung der derzeit Schwächeren sei daher im Interesse aller Länder.

Dieser Fonds ist tatsächlich eine bahnbrechende Errungenschaft, vor allem in symbolischer Hinsicht und als Türöffner für einen möglichen Paradigmenwechsel. Wie eine Analyse des *Centrums für Europäische Politik (cep)* allerdings zeigt, ist dieser ›großzügige Wiederaufbauplan‹ materiell gesehen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Er kann die strukturelle Ungleichheit zwischen den EU-Staaten, die sich durch die Einführung der Währungsunion enorm vergrößert hat, nicht im Geringsten ausgleichen. Eine gemeinsame Währung bei völlig ungleichen volkswirtschaftlichen Bedingungen habe Ländern wie Deutschland oder den Niederlanden riesige Gewinne beschert, während Italien oder Frankreich noch viel höhere Verluste einfahren mussten.² Corona hat diese Entwicklung noch verstärkt und es ist abzusehen, dass diese ökonomische Ungleichheit nationalistische Tendenzen und EU-Skepsis in vielen Mitgliedsstaaten noch weiter anheizen wird. Fazit: Dass es überhaupt zu einer Einigung gekommen ist, ist zweifelsohne symbolisch wichtig, es ist der erste Schritt in eine richtige Richtung und er könnte eine Bresche in die bisherige Abwehrfront gegen eine gemeinsame Politik darstellen. Faktisch ist aber noch wenig gewonnen. (Vgl. Ey/Feigl 2020)

Diese ausbleibende oder viel zu schwache Solidarität in der Krise ist daher nur die Spitze eines Eisbergs. Sie hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen, sondern erzeugt auch negative Gefühle und vertieft Spaltungen zwischen den Mitgliedsländern der Union. Die Hoffnung, dass die EU ihre Zukunft ist, schwindet nicht nur in den potentiellen Beitrittsländern und anderen Nachbarländern, sondern auch bei immer mehr Menschen innerhalb der EU, was wiederum den Nationalismus stärkt. So entsteht ein *circulus vitiosus*, denn die negativen Erfahrungen mit Corona erschweren auch die Lösungen anderer Gemeinschaftsprobleme. Wenn das so weiter geht, kommt das einem zumindest mentalem *Euxit* gleich, es droht ein de facto Rückzug aller Mitgliedsländer aus der Union.

-
- 2 »In seiner Studie kommt das cep zu dem Ergebnis, dass Deutschland von der Euro-Einführung am meisten profitiert hat: von 1999 bis 2017 in Höhe von fast 1,9 Billionen Euro. Dies entspricht rund 23.000 Euro je Einwohner. Daneben erzielten nur noch die Niederlande substantielle Vorteile aus der Euro-Einführung. In den meisten anderen untersuchten Staaten hat der Euro zu Wohlstandseinbußen geführt: in Frankreich in Höhe von 3,6 Billionen Euro, in Italien sogar in Höhe von 4,3 Billionen Euro. Dies entspricht in Frankreich 56.000 Euro, in Italien 74.000 Euro je Einwohner.« (<https://www.cep.eu/eu-themen/details/cep/20-jahre-euro-verlierer-und-gewinner.html>)

Dagegen lässt sich einwenden, dass dies ein sehr einseitiges Bild zeichne und den vielen Bemühungen der Brüsseler Administration, wie sie etwa auf deren Website *Coronavirus: European Solidarity in action* (ec.europa.eu) dargestellt sind, nicht gerecht werde. Schließlich sei auch der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen der gute Wille nicht abzusprechen. Mit solchen Argumentationen wird auf den Wiederaufbauplan als historische Errungenschaft europäischer Solidarität verwiesen. Tenor: »Die EU und alle ihre Organe haben mehr als das Bestmögliche in der Coronakrise bis dato getan! Sollte jemand mehr erwartet haben, dann weiß er/sie nicht, was die EU ist.« (Johannes Maier, EU-Koordinator des Landes Kärnten, Kleine Zeitung 11. Mai 2020: 12)

Diese Verteidigung bestätigt nur meine Argumentation, dass nur starke transnationale Institutionen imstande sind, den nationalistischen Reflexen etwas entgegenzusetzen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten haben die EU-Beamten sicher das Beste geleistet. Das Problem liegt aber tiefer: Erstens ist ständig zu beobachten, dass die nationalen Egoismen die Brüsseler Administration immer wieder desavouieren. Die Weigerung verschiedener Staaten, sich an der Aufteilung von Geflüchteten zu beteiligen, oder der Widerstand der so genannten *Frugal Four* gegen eine angemessene ökonomische Unterstützung der von Corona besonders betroffenen Länder sind bekannte Beispiele. Zweitens wurden der Gemeinschaft in Fragen der Gesundheitspolitik bislang gar keine Kompetenzen zugesprochen. Und dies gilt auch für viele andere entscheidende Bereiche. Gudrun Kramer resümiert:

»Zwar wurde bereits 2001 der EU-Zivilschutzmechanismus (Beschluss 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates) beschlossen, aber bis heute wurden keine dementsprechenden Strukturen geschaffen. Die Generaldirektion für Europäischen Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (ECHO) hat erst im Herbst 2019 einen Auftrag zum Aufbau einer Datenbank erteilt, welche alle Institutionen und Organisationen innerhalb der EU beinhalten soll, welche sich mit Katastrophenmanagement und Zivilschutz beschäftigen mit dem Ziel, ein »EU Zivilschutz-Wissensnetzwerk« aufzubauen. Wir sind also diesbezüglich noch nicht mal in den Kinderschuhen.« (Kramer 2020: 1).

Das dahinter liegende größere Problem ist allerdings drittens das schon angesprochene strukturelle ökonomische Gefälle, das durch die Währungsunion festgeschrieben ist:

»Das Ergebnis wird wachsende Ungleichheit zwischen den Ländern der Währungsunion und innerhalb der Länder selbst sein, begleitet von noch schneller wachsender internationaler Feindseligkeit. [...] Die Enttäuschung wird die europäische Politik zutiefst vergiften.« (makroskop.eu, 26.5.2020, zitiert nach Oberransmayr 2020).

Somit bleibt die Union ein lockerer Staatenbund, bei dem der eingespielte Mechanismus vorherrscht, dass sich nationale Parteien auf Kosten der Gemeinschaft profilieren. Eine gesamteuropäische Kultur der Solidarität ist noch nicht entstanden, und das Verhältnis Regionen-Mitgliedsstaaten-Union ist nicht ausbalanciert. Somit ist sehr viel Sprengkraft vorhanden, die besonders in Krisenzeiten wie heute selbst das Bestehen der Europäischen Union zu gefährden droht. Der Befund ›Die Krise befördert den Nationalismus, der Nationalismus befördert die Krise‹ gilt leider auch für die EU.

Die EU hat in der so genannten Flüchtlingskrise versagt, weil viele Staaten nicht bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen; sie hat sich in der Corona-Krise nicht bewährt, weil der nationale Egoismus stärker zu sein scheint; sie steht der Zunahme der politischen und militärischen Spannungen im östlichen Mittelmeer hilflos gegenüber, weil die einen Länder nur ihren eigenen (und teilweise entgegengesetzten) außenpolitischen Ambitionen folgen, während die anderen gar keine Ambitionen zu haben scheinen. Wie wird es ihr gelingen, die noch viel komplexere Klima- und allgemeine Umweltkrise zu bewältigen, die bereits einen Grad erreicht hat, dass niemand mehr wegschauen kann?

Es liegt daher an einer reformierten nationalstaatlichen Politik, transnationale Strukturen und eine Kultur der europäischen Solidarität (wie auch des globalen Zusammenhalts) aufzubauen. Corona hat sowohl die Notwendigkeit nochmals klar gemacht, als auch die Hindernisse aufgezeigt, die der Realisierung entgegenstehen. Damit Europa das werden kann, was es immer schon zu sein behauptet, nämlich ein Laboratorium für Demokratie und Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und ein Leben im Einklang mit der natürlichen Umwelt im Weltmaßstab, ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Es ist allerdings nicht schwer vorauszusagen, dass die Rückkehr der nationalen Souveränität nur eine relative ist und dass sich die meisten Staaten der Welt mit der Verschärfung der Umweltkrise bis hin zu gefährlichen Kipp-Punkten nationalistische Sonderwege nicht mehr leisten können. Heute schon ist es von symbolischer Bedeutung, dass gerade politische Führer wie Boris Johnson, Donald Trump oder Jair Messias Bolsonaro, die die Corona-

Gefahr herabspielen, selbst am Virus erkrankten. Und so werden auch Staaten, die in Klimafragen auf nationale Alleingänge und vor allem auf den Alleingang des Ignorierens setzen, die Realitäten zur Kenntnis nehmen müssen. *Learning the hard way* nennt man das im Englischen.

Eine einfache Entgegensetzung von Nationalismus und transnationaler Kooperation (häufig als *Global Governance* bezeichnet) verfehlt jedoch die Komplexität der gegenwärtigen Polykrise. Denn es müssen auch implizite Grundlagen der westlichen Demokratien, wie die *imperiale Lebensweise*, thematisiert werden. Nur wenn wir uns diesem Problemkomplex stellen, wird es möglich sein, Strategien für ein nachhaltiges Wirtschaften und für eine Politik zu entwickeln, die auf einer Kultur der Gewaltfreiheit beruht. Und nur so werden wir die Globalisierung der Solidarität erlernen.